

Personenbeförderungsgesetz: Gewerkschaften befürchten Sozialdumping und fordern Nachbesserung

Nach langer Abstimmung soll am Mittwoch der Entwurf zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes im Kabinett beraten werden. Im Kern geht es um die Regelung neuer Mobilitätsdienste.



EVG, ver.di und der DGB befürchten eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und negative Folgen für Städte und Gemeinden. Sie kritisieren den Gesetzentwurf und fordern eine Überarbeitung, die den Schutz der Beschäftigten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und bei neuen Mobilitätsdiensten (On-Demand-Verkehre, wie beispielsweise „BerlKönig“) und Plattformen sicherstellt.

Seit der letzten Novellierung des Gesetzes im Jahr 2013 haben bei Vertragsneuvergaben mehrfach Beschäftigte im Nahverkehr ihren Arbeitsplatz verloren, zuletzt etwa 200 Beschäftigte bei den Verkehrsbetrieben Pforzheim. Im ÖPNV können Kommunen zwar Vorgaben zu Sozial- und Qualitätsstandards machen, sogenannte eigenwirtschaftliche Antragsteller müssen diese jedoch nicht einhalten. Tarifgebundene Unternehmen werden so vom Markt verdrängt. Bereits im Jahr 2017 hatte der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Abstellung dieses Missstandes beschlossen. Die Regierungskoalition hatte sich noch im Koalitionsvertrag darauf verständigt, klarzustellen, dass der Sozialschutz der Beschäftigten im ÖPNV umfassend gelten soll.

EVG, ver.di und der DGB kritisieren, dass der vorgelegte Gesetzentwurf keine weitere Klarstellung zum Schutz der Beschäftigten im ÖPNV vor Sozialdumping und Arbeitsplatzverlust beinhaltet und lehnen ihn daher ab. Auch die Beschäftigten der neuen Mobilitätsdienste und bei Plattformen werden nicht wirksam vor Prekarisierung und Ausbeutung geschützt. Nach Ansicht der Gewerkschaften werden mit der Neuregelung zudem kaum zu bewältigende Kontrollaufgaben und etliche Rechtsstreitigkeiten auf die Kommunen zukommen.

Der stellvertretende EVG-Vorsitzende Martin Burkert sagte: *„Die EVG vermisst im vorliegenden Referentenentwurf Regelungen zum Fernbusverkehr. Durch die PBefG-Novelle von 2012 ist der Fernbusverkehr liberalisiert worden und wir müssen leider erkennen, dass unsere Warnungen sich erfüllt haben: Wir erleben in diesem Bereich eine Zunahme von Lohn- und Sozialdumping. Jetzt wäre die Gelegenheit, diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Die EVG fordert, die Vorschriften für Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten im Fernbusverkehr zu verschärfen; sonst vergibt der Bundesverkehrsminister hier eine Chance, für mehr Gerechtigkeit und soziale Absicherung im öffentlichen Personenverkehr zu sorgen.“*

Downloads



Aushang

(PDF, 78.43 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/20-12-18-Aushang_Novelle_PBefG__002_.pdf)